

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Mühlendammstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Mühlendammstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Zeile 40 Pfg.

Nummer 39.

Berlin, den 26. September 1909.

10. Jahrgang.

Kollegen, trifft die letzten Vorbereitungen zur kommenden Lohnbewegung; betreibt eifrig die Herbstagitatio!

Inhaltsverzeichnis.

Religion ist „Privatsache“. — Aufgelegter Schwindel.
— Zur Lage des Arbeitsmarktes. — Rundschau: Eine
Vereins-Versicherungsbank als Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften. Die schnapsfeindlichen Sozis Der „Grundstein“ und
der diesjährige Katholikentag. Extrabeiträge der Bauhilfsarbeiter.
Submissionsblüte. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbands-
nachrichten: Ungetreuer Hauskasserer. Gelsenkirchener. Brale.
Berne. Grafenwöhr. Mühlheim. Schönlanke. Vöden. — Volks-
wirtschaftliches und Soziales. — Von den Arbeitsstellen. —
Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Religion ist „Privatsache“.

Die verbissensten Religionsfeinde befinden sich, ohne
zu übertreiben, innerhalb der Sozialdemokratie. Bei-
läufig gesagt, heißt heute Sozialdemokrat zugleich reli-
gionslos sein. Der rohe geistige Kampf gegen alles, was
nach Religion riecht, wird begleitet von einem brutal
gewalttätigen: gesellschaftlicher Boykott, Versammlungs-
terrorismus, öffentliche Verhöhnung und Verspottung,
wirtschaftliche Nöckerei — die Hungerpeitsche. Der solcher
Art geführte Kampf zeichnet sich durch eine besondere Un-
duldsamkeit und einen Fanatismus aus, der seinesgleichen
nicht so leicht finden dürfte. Und wir haben immer er-
fahren müssen, daß die Bekämpfung christlich organisierter
Arbeiter durch die Sozialdemokraten nicht so sehr der
wirtschaftlichen Prinzipien ihrer Organisation wegen, als
um ihre christlichen Grundzüge geschah. Das stellt ja
das allertraurigste Kapitel der deutschen Arbeiter-
bewegung dar.

Nun steht es ja jedem frei, Anhänger einer Religion
zu sein; ebenso den Kampf gegen diese zu führen. Aber
unter gesitteten Menschen ist üblich:

Was euch heilig, will ich achten;
Was mir heilig, laßt es gelten.

Erwarten sollte man auch, daß die Sozialdemokratie
öffentlich bekennet, was sie ist. Das tut sie aber nicht.
Sie gibt vor, Religion sei ihr Privatsache, d. h. jeder
ihrer Anhänger könne glauben, was er wolle, und sich
religiös betätigen, wie er wolle. Die Erfahrung hat ge-
lehrt, daß die Aufstellung dieses Programms nur
Agitationsrücksichten entsprang, um in gläubigen christ-
lichen Gegenden sich keine Schwierigkeiten zu bereiten.
In Wirklichkeit ist es bei der theoretischen Proklamierung
der Geistesfreiheit geblieben. In der Praxis wurden die
Anhänger des Christentums von der Sozialdemokratie und
deren Gewerkschaften als geistig rückständige und dumme
Menschen betrachtet, die sich von den „Paffen“ und
„Stinkerlingen“ leithammeln lassen. Dafür können wir
unzählige Beispiele aufzählen. Spott und Hohn wird
jenen Arbeitern zuteil, die ihre religiösen Pflichten er-
füllen. Auf dem Verbandstag der sozialdemokratischen
Stufkatoren im Jahre 1908 in Nürnberg erklärte der
Delegierte Sittensfeld aus Hamburg wörtlich, daß Vor-
standsmitglied Fischer genannten Verbandes in Mann-
heim habe sich oft darüber beschwert, „daß ihm fort-
während vorgeworfen werde . . . daß er in die Kirche
gehe“. Als er, um dem vorzubeugen, in den christlichen
Bauhandwerkerverband übertrat, wurde er von Baustelle
zu Baustelle getrieben, und ein Kampf inszeniert, der
Tausende von Mark kostete.

Nur eine Stimme wollen wir dafür sprechen lassen, wie
der Kampf in der sozialdemokratischen Gewerkschafts-
presse gegen die Kirche geführt wird. Der „Zimmerer“, Organ
des „freien“ Zimmererverbandes, schrieb in seiner Nr. 5
vom 3. Februar 1906:

„Schon seit Jahrzehnten ist der Ruf ertönt: „Heraus aus
der Kirche!“ Der Erfolg ist bisher verhältnismäßig gering ge-
wesen. Jetzt dagegen scheint die Entwicklungstufe erreicht zu
sein, von der aus das Abschneiden des kirchlichen Wängel-
bandes zur inneren Notwendigkeit geworden ist. . . . Un-
sere Aufgabe ist, die vorhandenen Stimmun-
gen und Strömungen zu verstehen und sie
kraftvoll zur Entfaltung zu bringen. Die
Stimmung und Strömung breiter proletarischer Schichten geht
nun, wenn nicht alle Zeichen trügen, darauf hinaus, nicht
länger der Kirche als treuester Schrittmacher in der Reaktion
passive Gefolgschaft zu leisten, sondern ihr durch einen Massen-
austritt zu zeigen, daß der Arbeiter nichts mehr mit ihr zu
tun haben will. Es ist ja auch widersinnig, daß der Arbeiter
noch einer Gemeinschaft angehören soll, die alles tut, um
ihn in der Erreichung seines Rechts zu hindern. Wir fordern
vom Arbeiter, daß er die bürgerliche Presse aus seiner Woh-
nung wirft. Mit noch viel größerem Rechte ist zu verlangen,
daß sich unsere Gegner nicht damit brüsten dürfen, die weitaus

meisten Arbeiter seien ja so kirchlich und religiös gesinnt,
daß sie treue Söhne der Kirche blieben. Kein Wort braucht
darüber verloren werden, daß Pfaffenlehre nicht Religion
in dem Sinne ist, in dem auch vereinzelte Parteigenossen
sie anerkennen wollten, nämlich im Sinne der Verehrung vor
dem großen Walten der Natur, in deren tiefste Geheimnisse
wir noch immer nicht einzudringen vermöchten. Wer an der
Religion in diesem Sinne festhalten will, der muß erst recht
aus der Kirche austreten. . . . Was könnte den Arbeiter
noch an der Kirche halten. Die Furcht vor Differenzen mit
den Verwandten? Das Entgehen kleinerer Zuwendungen zu
Weihnachten? Ja, wenn der Arbeiter sich durch solche kleine
Hindernisse im Vormarsch aufhalten lassen will, dann hätte
er sich nicht gewerkschaftlich oder politisch organi-
sieren sollen, dann müßte er überhaupt auf den Klassen-
kampf verzichten. Nein, große Zeiten fordern große Men-
schen, ganze Männer. Kein Zurück mehr! Je selbständiger
sich das Proletariat von allen Einrichtungen des Klassen-
staates, — und die Kirche zählt dazu, — macht, desto kräftiger
und unüberwindlicher wird es werden.

Wann und wo deshalb in den Kreisen der
Arbeiter der Gedanke laut wird, durch einen
Massenaustritt aus der Kirche gegen die Re-
aktion, gegen Volksverdummung und Volks-
entrechtung zu protestieren, dann bleibe
keiner zurück. Außerhalb der Kirche ist Licht
und Luft, in ihr dumpfe Finsternis und Leiden-
geruch.“

Religion ist Privatsache! Blutiger konnte der Hohn
mit diesem Wort, wie es hier durch den „Zimmerer“ ge-
schah, nicht getrieben werden. Doch gehen wir weiter!
Das Maß der sozialdemokratischen Hege gegen das Christen-
tum ist wesentlich abhängig von ihrem Stärkebewußtsein.
Und da können wir gegenwärtig eine beträchtliche Steige-
rung ersterer konstatieren. Noch eins ist bemerkenswert:
Das Handinhandarbeiten der Sozialdemokraten mit den
sogenannten Freidenkern. Sie füllen deren Versammlun-
gen und zeigen sich als ihre getreuen Vasallen. Auf
keinem Gebiet ist ein so inniges Zusammenarbeiten der
„Klassenkämpfer“ mit den Bürgerlichen, soweit sie Frei-
denker sind, zu beobachten. Das muß zu denken geben.

Wir sagten oben, daß der Kampf der Sozialdemokratie
gegen das Christentum an Heftigkeit zugenommen habe.
Ein Beweis dafür ist, daß die rheinisch-westfälischen „Ge-
nossen“ sich eigens den westfälischen Landtags-
abgeordneten Adolf Hoffmann, genannt der Zehngebote-
Hoffmann, zu einer Vortragstournee engagiert hatten.
Diesen Hoffmann, der an Bekämpfung der christlichen Re-
ligion von keinem übertroffen werden dürfte, der das
geistige Haupt der Austrittsbewegung aus der Kirche ist.
Offenbar deshalb, weil Religion „Privatsache“ ist. Was
Geistes Kind dieser Mann ist, geht mit aller Deutlichkeit
aus seiner im Laufe dieses Jahres herausgegebenen Schrift
„Los von der Kirche“ hervor. Die Schrift stellt eine im
preussischen Landtag durch Wortentziehung nicht vollendete
Rede dar, die im Feenpalast zu Berlin ihre Fortsetzung
erfuhr. Hören wir, was dieser Hoffmann über die Auf-
gabe der Kirche sagt:

„Die Hauptpflicht der Kirche liegt ja, wenn der heutige
Staat und die herrschenden Klassen sie unterstützen, darin,
daß sie die große Masse des Volkes auf das
Paradies im Jenseits verträsten muß, damit
sie Gelegenheit haben, hier das Paradies für
sich auf Kosten des Volkes schon zu begründen.
(Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Wer im Rohr
sitzt, schneidet sich Pfaffen, und wer im Paradiese sitzt, hat
gut lachen. . . . Die Kirche darf durch ihre Geistlichen
nur das lehren und predigen, was der herrschenden Klasse
recht ist, was die herrschende Klasse verlangt, nur das darf
man der Masse sagen.“

Mit Bezug auf die Tätigkeit der Geistlichen in den
Arbeitervereinen orakelte er:

„Und die Geistlichen dürfen sie (die Arbeiter) nicht zu
weit gehen lassen; sonst könnte ihnen sehr leicht der Brotkorb
höher gehängt werden, wenn sie das nicht erreichen, was der
Staat und Volksrat von ihnen verlangt. Bei Bergarbeiter-
katastrophen, bei Unglücksfällen, wie bei der Hochbahn, stellen
sich Geistliche vermöge des Zustuffes des Staates
hin und sprechen von Gottes unerforschlichem
Ratschluß, während eine genügende Lüftung, ge-
nügende Luftschächte, genügende Ordnung und Gewissenhaftig-
keit in Anwendung aller Sicherheitsmaßnahmen ohne Rücksicht
auf die Verringerung der Profitrate der Aktionäre und Be-
sitzer unzählige der in den letzten Jahrzehnten vorgekommenen
Katastrophen verhindert hätten.“

Eine größere Unterschämtheit ist den Geistlichen wohl
noch nicht ins Gesicht geschleudert worden. Das Pfut des
preussischen Landtages und die Wortentziehung waren hier
vollauf angebracht. Und nachdem der Mann in diesem
Sinne im Feenpalast fortgefahren, die Religion zu einer
Farce herabgewürdigt und ihre Diener weiter beschimpft,
stimmt er ein Loblied auf die französischen Zustände an:

„In Frankreich hat man den Staat von der Kirche
getrennt und die Schule aus der Umarmung
der Kirche erlöst. Das ist ein Fortschritt auf ickturellem
Gebiet von unberechenbarer Tragweite für Frankreichs Zu-
kunft. Man hat so oft, besonders zum Zwecke der Wahlmache,
unser Volk ins Bockshorn gejagt, mit der Drohung, Frankreich
bereitet eine Revolution für Sedan vor. Nun, diese
Drohung könnte wahr werden, wenn auch etwas anders, als es
unsere deutschen Chauvinisten verstanden wissen wollen. Durch
eine von der Kirche losgelöste freie Schule wächst nicht ein
vermurdertes, auf Gottvertrauen und überirdische Hilfe war-
tendes Geschlecht heran, sondern eine denkende Jugend,
die ihre Zukunft auf Selbstvertrauen, eigene Kraft und Fähig-
keit aufbaut — einem solchen Geschlecht gehört die Zu-
kunft! In dieser Zukunft wird weder der größte Mund,
noch die größte Kanone maßgebend dafür sein, welche Nation
in der Welt vorangeht, sondern das geistig hochstehendste,
intelligenteste Volk wird an der Spitze der Zivilisation mar-
schieren! Daß das nur ein Volk sein kann, dem
Bildung und Wissen im vollen Maße zuteil
wird, frei von jeder kirchlichen Zensur ge-
scheitester oder geschorener Aufseher, ist klar.
Hier ist uns Frankreich voraus.“

Er fordert dann auf:

„Hier, Volk, kannst du helfen, ein geistiges Joch zu brechen;
in dem Augenblick, wo du durch deinen Austritt aus der
Kirche die Kirche für die staatlichen Gewalten, für die Be-
stehenden, wertlos macht, befreist du den Staat und was das
wertvollste: die Schule, die Erzieher deiner Kinder, und
damit deine Kinder selbst, von dem alle niederdrückenden
Alp der Kirche und von dem in ihrem Ge-
folge stehenden Geschwisterpaar: Aberglaube
und Fanatismus!“

Heraus aus der Kirche! Heraus aus dem
Tempel!“

Das die Gesinnung eines Mannes, den die „Genossen“
in Rheinland und Westfalen sich eigens zu ihrer geistigen
„Aufklärung“ von Berlin kommen lassen.

Und der Erfolg dieser vom Haß gegen jedes Christen-
tum eingegebenen Wühlarbeit? Nach den Mitteilungen
des Superintendenten Rodelle (Schwelm) auf dem Evan-
gelischen Pfarrertag in Wiesbaden betrugen die Aus-
tritte aus der evangelischen Landeskirche in Preußen, die
zu keiner anderen Religion übertraten, im Jahre 1903
1600 Personen; im Jahre 1906 waren es 10 007 und im
Jahre 1908 sogar 14 684. Davon waren allein in Berlin im
letzten Jahre 9472 Austritte. Hier tritt bekanntlich die
sozialdemokratische Austrittsbewegung am offensichtlichsten
in die Erscheinung, deren geistiges Haupt der genannte
Hoffmann ist. Zahlen von katholischer Seite liegen
nicht vor. In Nr. 212 des „Vorwärts“ vom 11. Septem-
ber d. J. heißt es in einem Versammlungsbericht aus
Reinickendorf-West (bei Berlin):

„Ueber das Thema „Religion und Christen-
tum“ referierte in einer gut besuchten Volksversammlung
im Lokal des Herrn Stiller am Dienstag Genosse Bernheim.
Unter großer Spannung der Versammelten zeigte der Redner
die Widersprüche der Kirche und ihrer Lehren. Zugleich legte
er den Anwesenden, die innerlich mit der Kirche bereits ge-
brochen haben, aus Herz, auch formell ihren Austritt aus
derselben zu erklären. Das Resultat seiner Ermah-
nung war, daß 73 Austrittsformulare abge-
geben wurden.“

Daher der Name: „Religion ist Privatsache“. So
führt die Sozialdemokratie den Kampf gegen das Christen-
tum, das uns das heiligste ist, das unsern Dasein erst
Zweck und Inhalt verleiht. Wer uns an das rührt, wer
die sittlichen Grundzüge des Christentums in Trümmer
zerstört, der kann unser Freund nicht sein. Nur
eine Antwort kann es darauf geben: Hinweg mit der
religionsfeindlichen Sozialdemokratie! Heraus aus den
sozialdemokratischen Gewerkschaften!

Im Sturme spannt der Adler seine Schwingen; —
Blas' zu! Da spür' ich wieder, daß ich Mann!
Eichendorf.

Aufgelegter Schwindel.

Um zu „dokumentieren“, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften diesen „haufenweise“, infolge ihrer Anzustrebenheit mit der Reichsfinanzreform, den Klößen beehren, berichtigt die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hier und da von Uebertritten einzelner Mitglieder, ja von ganzen Jahrestellen. Würde man alle diese Mitteilungen zusammenstellen, nach „Temperament“ und „Neigung“, oder sagen wir nach sozialdemokratischer Individualität, das würde ein reichendes Bild werden. Und die Prophezeiungen, die sich an alle diese Nachrichten knüpfen? Arme christliche Gewerkschaftsbewegung, du bist tot, manstot. Die roten Prophezeien sagen es, folglich muß es so sein. Allerdings hat diese Prophezei sich nicht immer als zuverlässig erwiesen, sonst wären wir ja belammlisch längst im roten Paradies versammelt. Infolge der verschiedenen „Jungbrunnen“, die hier und da plätscherten und quirlten, soll es aber, wie man uns des öfteren versichert, manche Genossen selbst nicht so sehr geküßt nach dem Reich Singer & Co. Es geküßt ihnen auch so noch sehr gut. Doch das nur nebenbei.

Also die christlichen Gewerkschaftler treten „haufenweise“ zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften über. Beweis: In Herbolzheim in Baden trat eine Jahrestelle des christlichen Tabakarbeiterverbands zum sozialdemokratischen Tabakarbeiterverband über. Was sagt dazu die „Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung“, Organ des christlichen Tabakarbeiterverbands? Man höre:

„Wir wollen zu dieser Gelegenheit nur bemerken, daß wir in diesem Jahre in Herbolzheim nur ein einziges Mitglied hatten, das sich aber bereits Anfang April wieder abgemeldet hat. Dieser Austritt hatte aber mit der Tabaksteuer nicht das geringste zu tun, was schon daraus hervorgeht, daß erst am 15. Juli die Erhöhung der Tabaksteuer beschlossen worden ist. Der Schwindel wurde vom roten Gauleiter verbreitet, der eigens nach H. gefahren ist und sich dem Wirt als christlichen Agitator vorgestellt hat. Auf eine Täuschung mehr oder weniger kommt es so einem Tatjahrenverbrecher ja nicht mehr an. Der Schwindel hat bis jetzt jedoch schon die gute Folge gehabt, daß wir in Herbolzheim Fuß fassen konnten.“

Das also wäre die Wahrheit. Und warum der Schwindel? Der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband hatte in diesem Jahre in Baden eine Mitgliederzunahme von 190. Seine Mitgliederzahl bewegte sich in den für den christlichen Verband in Betracht kommenden Gebieten wie folgt:

	Ende 1906:	Ende 1907:	Ende 1908:
in Westfalen	4809	3389	2903
in Rheinland	1194	1241	1018
in Baden	1089	1311	1160
in Hessen	1687	1549	1287
in Württemberg	183	124	176
Zusammen in diesen Gebieten	8962	7594	6544

Seher, siehst du nun deutlich? Weiter! In Brix bei Berlin soll die Jahrestelle des christlichen Gärtnerverbandes zum sozialdemokratischen Verband dieses Berufes übergetreten sein. Wir haben bereits in der vorigen Nummer die Sache richtiggestellt. Nun bindet auch noch der „Grundstein“ seinen Mitgliedern diesen Wären auf. Kommen wir daher noch einmal auf die Sache zurück. Ein Flugblatt des christlichen Gärtnerverbandes sagt zu dem „Uebertritt“:

„Auf irgendeine Art und Weise kam der Vorsitzende, mit Namen Kneffe, des Ortsvereins Brix vom deutschen Gärtnerverband (christlich) mit den Führern vom „Allgemeinen“ (sozialdemokratisch) zusammen. Diese überredeten ihn zum Uebertritt, und um einen recht „feinen“ Coup auszuführen, sollte Kneffe seinen Einfluss als Vorsitzender dahin benutzen, um seinen Verein in hinterlistiger Weise mit sich hinüberzuziehen.“

Und das hat denn Kneffe auch besorgt. Er ließ sich eine Erklärung diktieren des Inhalts, daß die Unterzeichneten Soundso aus den christlichen Gewerkschaften deshalb austreten, weil Reichstagsabgeordneter Behrens durch seine Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Parteien „nicht für, sondern gegen das Wohl der gesamten Arbeiterschaft“ aufträte.

Nun ging es auf die Suche nach Unterschriften. Auf dem Tauschboden wurden dieselben zum Teil gesammelt (da es sich meist um junge Kollegen handelte). Unterschreibt nur, unterschreibt nur! hieß es, ihr könnt später doch noch machen was ihr wollt. Einige haben das Schriftstück überhaupt nicht gelesen, andere meinten, es handele sich um eine Vereinsangelegenheit. Also Vorspiegelung falscher Tatsachen. Selbst mit Bier wurde nachgeholfen. So wurden angeblich 15 Unterschriften zusammengebracht, die man aber sonderbarerweise nirgends veröffentlicht hat. Warum? Dann, als sie „sozialdemokratischen Führer der Gärtnerei“ die von ihnen selbst gemachte Erklärung in den Händen hatten, hatten sie es sehr eilig damit. Schnell wurden Versammlungen arrangiert und die „Fahrenstucht im deutschen Gärtnerverband“ den freudig anstorchenden „Genossen“ mitgeteilt. Das war ja „herliches“ Agitationsmaterial nicht nur für den roten „Allgemeinen“, sondern auch für den „Vorwärts“ mit der „Streitbrecherredaktion“.

So kam aber der Inhalt der Erklärung nicht nur der Zeitung des deutschen Gärtnerverbandes zu Gesicht, sondern auch denen, die unterschrieben hatten. Da erst wurde ihnen klar, wozu man sie in hinterlistiger Weise mißbraucht hatte. Die Folge war die Antwort: Wir wollen mit dem sozialdemokratischen Allgemeinen deutschen Gärtnerverband nichts zu tun haben. Derselbe ist keine Organisation, die den Interessen des Gärtnerverbandes dient.

Und das Ende vom Lied? Zwei ganze Mann mit Einschluß des Kneffe hat der „Allgemeine“ „erobert“. O weh! Das ist allerdings blamabel! Und nun vergleiche man damit das Geschick vom kleinsten sozialdemokratischen Reichstagsmitglied bis hinauf zum „Vorwärts“. Der Zweck der

Uebung ist zu deutlich, um hier noch weiter besprochen werden zu müssen. Man merkt die Absicht und wird verstimmt.

Für übrigen bemerken wir, daß es in dem Organisationslehen Deutschlands täglich Uebertritte von einer Organisation zur anderen gibt. Wir haben z. B. regelmäßig einige Tausend Uebertritte aus den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden. So auch in diesem Jahre. Sollen wir etwa damit prunken gehen? Das tun wir schon aus dem Grunde nicht, da die andere Seite auch jedenfalls Uebertritte von uns hat.

Der „Massenaustritt“ christlicher Gewerkschaftler ist daher nichts wie Schwindel, der immer wieder neu aufgelegt wird. Wie sagte Dr. Quast auf dem Mainzer sozialdemokratischen Parteitag? „Wir mögen, wo wir mögen können“. Und demgemäß haben wir alle sozialdemokratischen Tatzarenmächten über die christlichen Gewerkschaften einzuschämen.

Zur Lage des Arbeitsmarktes.

Die herbstliche Belebung von Handel und Wandel hat sich so entziehen wir der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, während des Monats August auf dem Arbeitsmarkt schon kräftig bemerkbar gemacht. Trotz dem noch übermäßig starken Angebot von Arbeitsuchenden hat die Zunahme des gewerblichen Beschäftigungsgrades eine so starke Neueinstellung von Arbeitern erforderlich gemacht, daß der Andrang auf dem gewerblichen Arbeitsmarkte hinter dem Vorjahre merklich zurückbleibt. Schon einmal war dies im laufenden Jahre der Fall, aber damals war die Differenz gegen 1908 sehr minimal und nur vorübergehend. Im August aber ist die Besserung gegen 1908 in die Augen fallend. Eigentlich war auf Grund früherer Erfahrungen erst für den Monat Oktober mit einer niedrigeren Andrangsziffer als im Vorjahre zu rechnen. Es hat nun aber das Herbstgeschäft schon zeitiger eingesetzt, und es ist zu erwarten, daß der September einen Rückschlag mehr bringen werde. Soweit sich für den verfloßenen Teil des Monats September beurteilen läßt, hat die Herbstbelebung in der Warenherstellung und auf den Warenmärkten keine Minderwirkung zu befürchten. Bei einer Betrachtung der Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Monat August, wie sie sich nach den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise an den „Arbeitsmarkt“ präsentiert, fällt vor allem die Zunahme der offenen Stellen sowohl gegenüber dem Vormonat als auch ganz besonders gegenüber dem Vorjahre auf. Während bei den gleichen Nachweisen im August des Vorjahres 97318 offene Stellen ausgeschrieben waren, sind es im August dieses Jahres 115797 oder rund 19 Prozent mehr. Besonders erfreulich ist die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für Mänliche zugenommen: die Zahl der offenen Stellen betrug hier 73504 im August dieses Jahres gegen 60602 im Vorjahre. Relativ noch stärker ist die Nachfrage nach weiblichen Kräften gestiegen: die Zahl der offenen Stellen stellte sich auf 42293 gegen 36716. Nun ist allerdings auch im August das Angebot wieder beträchtlich in die Höhe gegangen, was bei der ganzen gegenwärtigen Beschäftigung des deutschen Arbeitsmarktes zu erwarten war. Die Zahl der Arbeitsuchenden, die im August des Vorjahres 148083 betragen hatte, stellte sich im August des laufenden Jahres auf 169099 oder um ca. 14 Prozent höher. Immerhin war die Zunahme der Nachfrage stärker als das Anwachsen des Angebots, so daß der Andrang gegen 1908 nicht unerheblich zurückging. Auf 100 offene Stellen nämlich 146,03 Arbeitsuchende im August dieses Jahres gegen 152,16 im Parallelmonat des Vorjahres. Die Besserung kommt ausschließlich dem Arbeitsmarkt für Mänliche zugute, der allerdings einer Erleichterung auch dringend bedarf. Auf 100 offene Stellen für Mänliche meldeten sich 173,26 Arbeitsuchende gegen 191,29 im August 1908. Bei den weiblichen Arbeitern hat sich der Andrang gegenüber dem Vorjahre etwas vermehrt, ohne daß indes die Nachfrage hätte voll befriedigt werden können. Was an der Gestaltung des Arbeitsmarktes im August angenehm hervorhebt, das ist die sichtliche Besserung der Marktlage für ungelernete Arbeiter, deren Arbeitslosigkeit während des gewerblichen Rückgangs nicht nur sehr unjücker, sondern auch äußerst knapp war. Aus einer ganzen Reihe von Orten wird von der regeren Nachfrage nach ungelerneten Arbeitern berichtet. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß die Erweiterungsarbeiten bei dem Kaiser-Wilhelm-Kanal in Angriff genommen wurden. Die Vermittlung der Arbeiter für die Kanalbauten ist den paritätischen Arbeitsnachweisen in Fleisburg, Kiel, Sufum und Rendsburg übertragen. Am Arbeitsnachweis in Kiel wurden daher im August hauptsächlich viele ungelernete Arbeiter verlangt. Die gleiche Erscheinung war in Rendsburg zu beobachten. Doch waren hier die Arbeiter nicht zu bewegen, Arbeit anzunehmen, einmal wegen des Lohnsatzes, der 30 bis 35 Pf. pro Stunde beträgt, sodann aber und hauptsächlich wegen der ungenügenden Wohngelegenheit. Es ist schon Vorfrage getroffen, daß bis zum Oktober die Wohnungsverhältnisse besser werden. Sehr reger war im August auch noch die Nachfrage nach landwirtschaftliche Arbeiter; es mußte aber vielfach festgestellt werden, daß das Ueberangebot an gewerblichen Arbeitsmarkt nur zu einem sehr geringen Teil für landwirtschaftliche Arbeiten verwendbar ist, so daß die Nachfrage vielfach nicht befriedigt werden konnte. Nach Dienstboten äußerte sich die Nachfrage in kleineren Orten noch schärfer als in großen Städten. Von der Besserung der Geschäftslage im August hatten vor allem die Arbeiter in der Porzellan-Industrie und in der Bijouterie merkwürdigen Nutzen. In der Offenbacher Porzellan-Industrie war es nicht möglich, die verlangten Arbeitskräfte zu beschaffen. In Pforzheim aber war besonders die Nachfrage nach Goldschmiedemännern auf sehr montierte Gold- und Platin-Juwelen recht reger. In der Hebung dieser beiden Branchen kommt schon eine günstige Erwartung auf das diesjährige Weihnachtsgeschäft zum Ausdruck. Auch in der Sonneberger Spielwarenindustrie belebt sich aus gleichem Grunde allmählich der Geschäftsgang. Hinter den jüngsten Veränderungen im August treten die Schattenseiten stark zurück, obwohl sie keineswegs ganz fehlen. Die Besserung gegen 1908 ist durchaus noch nicht allgemein; sie erstreckt sich weder auf alle Handbestelle noch auf alle hauptsächlichsten Industriezweige. Die Depression hat selbst dort, wo die Besserung ganz unverkennbar ist, in sehr verschiedenem Grade abgenommen. Eine Berallgemeinerung der günstigen Wendung dürfte voraussichtlich der September bringen.

Rundschau.

Eine Vereins-Versicherungsanstalt als Mittel zur Bekämpfung der Gewerkschaften. Kürzlich wurde in Düsseldorf eine neue Volksversicherung, Vereins-Versicherungsanstalt für Deutschland, Aktiengesellschaft, zu Düsseldorf, gegründet, die sich angeblich eine Reform der jetzigen Volksversicherungen zum Ziel gesetzt hat. In höchst sonderbarer Weise schrieb zu dieser Gründung das Unternehmerorgan die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“:

„Einen Krebszaden in der stetigen und gedeihlichen Entwicklung unserer Industrie bilden die von sozialdemokratischen Schürern und Hezern in immer größerer Ausdehnung hervorgerufenen Streiks; diese führen zu einer fortgesetzten Steigerung der Produktionskosten und sind im günstigsten Falle mit einer längeren und verlustreichen Betriebsstörung abgetan. Die besten Bundesgenossen bei der Anzettelung solcher wirt-

schafftlichen Kämpfe sind die Beschlosigkeit und die mangelnde Sehaftigkeit der Arbeiter: derjenige Arbeiter, der etwas besitzt und der bei einer leichtfertigen Aufgabe seiner Arbeitsstelle infolge Aufstellung unerfüllbarer Forderungen den mühsam erworbenen und ersparten Besitz zu verlieren Gefahr läuft, wird sich dreimal besinnen, ehe er einen Streik inszenieren hilft und mitmacht. Wer aber jeden entsetzlichen Groschen seines Lohnes ins Wirtshaus trägt oder an die großen Streikfassen abfließt, wird schnell geneigt sein, sein Risiko bei einer Uebereinstellung den letzteren aufzubürden und von ihnen Gegenleistungen zu beanspruchen, zumal der leichte, von Feinerkeit Bedenken gehemmte Wechsel der Arbeitsstelle dieses Risiko erheblich vermindert. Eine weitgehende Prophylaxe (Vorbeugung) der Arbeitgeber muß daher an diesen beiden Punkten einsehen, sie muß den Besitz des Arbeiters ohne unbedingte und sprunghafte Erhöhung des Einkommens zu begünstigen und zu vermehren, sowie gleichzeitig seine Sehaftigkeit in der Arbeitsstelle zu fördern und an besten beide Zwecke durch kluge Maßregeln miteinander in organische Verbindung zu bringen suchen. Eine Sparätigkeit des Arbeiters, deren Ergebnisse durch Verbleiben an seiner bisherigen Arbeitsstätte erhöht und gesichert, durch Aufgeben derselben aber vermindert und bedroht werden, dient diesem Doppelzweck am besten.“

Aus diesen und ähnlichen Erwägungen ist auch die kürzlich in Württemberg getretene Vereins-Versicherungsanstalt für Deutschland, Aktiengesellschaft, zu Düsseldorf, hervorgegangen, die eine Reform der Volksversicherung zugunsten der Arbeiter herbeiführen will.

Anreiz und Erfolg der Ansammlung von Arbeiterbeiträgen auf diesem Wege wird also wesentlich gesteigert. Das der Arbeiter an Prämien für diesen Zweck zahlen muß, kann er nicht zur Ansammlung von Streikfonds ausgeben, besonders wenn zur Zahlung der erforderlichen Prämien, namentlich auf die jugendlichen Arbeiter, vom Arbeitgeber ein verhältnismäßig vereinbarter Sparszwang in angemessener Höhe ausgeübt wird. Dieser Zwang, sowie jede sonstige Einwirkung zugunsten der Volksversicherung der Arbeiter bei der Vereins-Versicherungsanstalt kann aber geübt werden, solange der versicherte Arbeiter an seiner Arbeitsstätte verharret oder sie in freiwilliger Vereinbarung wechselt. Die Prämienzahlung des Arbeiters beginnt naturgemäß zu fließen, sobald er infolge von Rußstand oder Kontraktbruch arbeitslos und verdienstlos wird; die Gefahr des Versalles des ganzen Versicherungsaufspruches rückt für ihn dadurch in bedenkliche Nähe. Die Annulierung eines enorm hohen Prozentsatzes der Prämien bei den bisherigen Volksversicherungen infolge ausbleibender Prämienzahlung entzog ja gerade den wirtschaftlich Schwächeren große Selbstmitten zugunsten leistungsfähigerer Versicherter und mußte große volkswirtschaftliche Bedenken gegen diesen Versicherungszweck nähren. Bei der neuen Vereins-Versicherungsanstalt ist diese Gefahr fast ganz ausgeschlossen, solange der bei ihr versicherte Arbeiter nicht mutwillig freit und seine Arbeitsstätte aufgibt.“

Daraus ist deutlich zu entnehmen, daß mit dieser Vereins-Versicherungsanstalt weiter nichts als eine plumpe Knebelung der Arbeiter beabsichtigt ist, zu der sie obenrauf auch noch die Mittel liefern sollen. Die Unternehmer in Rheinland und Westfalen und sogar städtische Behörden (M.-Stadtdach), bemühen sich denn auch schon, den Arbeitern den Beitritt schmachtlich zu machen und erbielten sich, ihnen die Beiträge vom Lohn abzuziehen. Die Arbeiter tun gut, allen Agenten dieser „Versicherungsanstalt“ zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Die schnapsfeindlichen Sozials. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig wurde unter den notwendigen Forderungen auf die „Junter“ und „Paffen“ dem Schnaps der Krieg erklärt. Grund: Weil die neue Finanzreform die Branntweinsteuer erhöht und die „Liebesgabe“ nicht befreit hat. In dem betr. Beschluß heißt es:

„Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten, körperlichen und moralischen Elend weiter Volkskreise entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an seine Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu vermeiden.“

Diese Resolution liest sich sehr tapfer! Hoffentlich wird sie nun auch ebenso tapfer durchgeführt. Für manches rote Gehirn wäre das ein wahrer Segen. Und auch zur Klarheit trägt's bei, und die ist ja auf sozialdemokratischer Seite dringend notwendig. Hoffen wir also das beste. Unsere Wünsche sollen das Vorhaben freudig begleiten.

Der „Grundstein“ und der diesjährige Katholikentag. Ueber den Breslauer Katholikentag läßt sich der „Grundstein“, Organ eines Verbandes, in welchem für alle Meinungen Platz sein soll (??), wie folgt vernehmen:

„So hat denn die Partei „für Wahrheit und Recht“ wieder einen Parteitag hinter sich. Mit dem Glodengeläute sämtlicher katholischer Kirchen in Breslau ist am Sonnabend, 28. August, der diesjährige Katholikentag eingeläutet worden. In seiner Begrüßungsrede verwahrte sich der Subktrat Porck allerdings dagegen, daß man die Katholikentage als Parteitage des Zentrums ansehe — aber deshalb bleiben sie es doch. Porck meinte, es gelte die Sozialdemokratie, welche, wie wir schon berichteten, Gegenemonstrationen veranstaltete, nicht an, wenn von katholischen Dingen geredet würde. Das trifft zu, soweit es sich lediglich um Fragen kirchlichen Charakters handelt. Ueber bekanntlich haben wir es im Zentrum mit einer Verquickung von Religion und Politik zu tun, durch die man die Religion geradezu in den Dienst der Politik stellt — und das geht die Sozialdemokratie sehr viel an. Ober ist es etwa nicht wahr, daß lediglich durch diesen Mißbrauch der Religion das Zentrum trotz seines volksverräterischen Verhaltens im Reichstage immer noch die Massen der katholischen Arbeiter hinter sich hat? Sind diese Arbeiter mit der Haltung der Zentrumsfraction vielleicht einverstanden? Soweit die katholischen Arbeiter sich zu selbständigem Denken aufgerafft haben, sicherlich nicht, dafür liegen Belege inülle und Fülle vor und die Opposition aus diesen Kreisen gegen die Zentrumspolitik nimmt beständig zu. Und was die große Masse angeht, so besteht ja hier leider noch die Tatsache, daß deren eigenes Denken nicht systematisch durch die katholische Kirche unterdrückt wird; die Massen sollen nicht zur Denkfähigkeit gebracht werden; sie sollen einzig und allein gute Katholiken sein und im übrigen sich um nichts kümmern. So will es das Zentrum, weil es weiß, daß, wenn seine Anhänger einmal all seine Sünden wider das Volk begreifen lernen würden, es mit seiner Machtstellung vorbei wäre. Dem Zentrum ist der Katholizismus Mittel zum Zweck; und wenn ein jesuitischer Grundsatz lehrt, daß der Zweck das Mittel heiligt, so kann vor allen Dingen in bezug auf diesen Mißbrauch der Religion, wie ihn das Zentrum übt, keine Anwendung finden, denn der Zweck ist hier ein verwerflicher; er heißt: politische Machtstellung zu ertingen und zu

erhalten, um einen neuen Verrat am Volke zu begehen. Da- gegen zu kämpfen ist Pflicht eines jeden, dem es Ernst ist mit der Bildung und Wohlfahrt des Volkes.

Jedenfalls steht das, was der Breslauer Katholikentag festsetzte, etwas höher wie der Leipziger Parteitag. Derselbe hat soziale Bewegung und sittliche Werte geschaffen. Von „Persönlichkeit“, „Gemeinschaft“, „Uebereinstimmung“, „Ehre“ usw. hörte man dort auch nichts, wohl aber in Leipzig. Und dann von der Unterbrechung der Meinungsfreiheit? Ach, das ist ja gott- voll! Erinnerung! Denn das rote Blatt nicht der Preßdebatte über geistige Nahrung? Und von wem wurde die geführt? Es wird doch nirgends die geistige Nahrung so durchgeführt wie bei der Sozialdemokratie. Neuerdings wird das wieder be- stätigt durch den Austritt des bekannten sozialdemokratischen Schriftstellers Richard Castner. Auf die anderen Dinge brauchen wir nicht einzugehen. Sie beweisen nur zu deutlich, wie Katho- liken in den sozialdemokratischen Verbänden behandelt werden.

Extrabeiträge der Bauhilfsarbeiter. Die sozialdemo- kratischen Bauhilfsarbeiter in Hamburg haben beschlossen, ihre durch den Kampf im Hamburger Baugewerbe geschwächte Kasse wieder zu stärken. In einer Versammlung schlug der Verbands- vorstand vor, für die nächsten fünf Wochen je 50 Pf. Extrabeitrag und dann für die Monate Oktober, November, Dezember und Januar je 1 M. Extrabeitrag zu erheben. Am 1. Februar 1910 tritt dann für die erste und zweite Lohnklasse der um 5 Pf. er- höhte Wochenbeitrag in Kraft. Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Debatte mit diesen Anträgen einverstanden.

Submissionsblüte. In Hemsfurch (Waldeck) wurden im Verdingungswege die Arbeiten für die 202 Millionen Kubikmeter Wasser fassende Ebdertalsperre, die größte Talsperre Europas vergeben. Es handelt sich um die Ausführung von 300 000 Kubikmeter Bruchsteinmauerwerk und um die Bewältigung von rund 190 000 Kubikmeter Erd- und Felsarbeiten. Hundert, größtenteils Baufirmen aus ganz Deutschland hatten Angebote eingereicht. Das niedrigste Angebot gab die Firma Philipp Holzmann & Co. (Frankfurt a. M.) mit 5 587 097 M. Die höchste Forderung stellte die Firma Schneider (Berlin) mit 7 635 726 M. Die Arbeiten sollen bis zum Jahre 1914 vollendet sein.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Rade (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag imzuhalten), Neustadt i. V. (Sperre über die Firmen Petermann, Bloß, Hinz, Krenz und Geiger), Wierfen. Rhld. (Streik), Nachen (Streik der Stukkateure und Pliesterer), Glad. (Stahl), Holzwinden (Aussperrung), Landshut (Schl.) (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Lingen (Maurer und Bau- hilfsarbeiter), Berlin (Pliesterer, Differenzen mit den Sub- unternehmern), Dortmund (Sperre über die Firma L u b e). Baug ist fernzuführen.

Bezirk Götting.

Mhlen. Wie man uns mitteilt, haben sich die Arbeits- willigen aus Götting (Heinrich Reith, Georg Dietrich usw.) auch in ihren Heimatsorten bemüht, noch weitere Arbeitswillige nach hier zu ziehen. Einem Kollegen, der einige Wochen ohne Arbeit war, wurde von seiner Schwester aus Götting mitgeteilt, der Georg Dietrich suche Leute nach Mhlen. Er wandte sich an ihn und erhielt folgenden Brief:

„Mhlen, den 5. August 1909

Deinen Brief habe ich erhalten und Theke dir mit daß du Ende der Woche kommen kannst Samstag oder Sonntag. Fürst von Ruchow über- Meibrich von Oberhausen an direkt bis Mhlen am besten ist der Zug Nachmittags nach 2 Uhr bist du Abends 7 Uhr in Mhlen kostet ungefähr 2 Mark wenn du kommst kannst du uns vorher eine Karte schreiben da wollen wir dich am Bahnhof abholen Gruß von Allen Collegen
Es grüß dich dein Freund Georg Dietrich
Adress An Georg Dietrich bei Bauunternehmer Tel in Mhlen in Westpf.

Unikum
Daß hab ich geschrieben weißt bescheid.“
Selbstverständlich ging der Kollege nicht nach Mhlen, da er keine Streikbrecherarbeit leisten wollte.
Betreffs der Arbeitswilligen von Eischfeld ist Name und Wohn- ort zu bestätigen; der eine heißt Ludwig Julius Bodmann, ge- boren am 23. Januar zu Reiflingen, der andere Heinrich Otto, geboren am 21. Oktober zu Züzenbach.

Anmerkung der Redaktion: Zu dieser Angelegenheit gingen uns eine ganze Anzahl Zuschriften von Kollegen aus der Heimat des Heinrich Reith, Georg Dietrich, Müller, Eichenauer und anderer zu, die ihre helle Entrüstung darüber aussprechen. Mit Rücksicht auf den Strafzettel müssen wir von einer Ver- öffentlichung absehen. Aber das hat quasi dem Maß den Boden ausgeschlagen. Daß diese Arbeitswilligen die Mhlerer Kollegen um ihren Erfolg gebracht haben, dürften sie somit noch oftmals bereuen. Und das schadet nichts. Wer glaubt auf anderer Leute Rücken Holz splaten zu können, muß sich damit zufrieden geben, wenn auch einmal der Spieß umgedreht wird.

Wieders-Offen. Die Sperre über das Geschäft Niegelmann wurde erfolgreich beendet.

Bezirk Köln.

Ratingen. Die größten Schwierigkeiten zur Durchführung des Vertrages bereiten den Organisationen wohl die hiesigen Unternehmer. Während es gelang, fast in der gesamten Um- gebung Düsseldorf den Tarif zur Geltung zu bringen, zahlen die hiesigen Unternehmer noch heute bis zu 8 Pf. unter Tarif- lohn. Allerdings war Ratingen mit den Löhnen in den letzten Jahren zurückgeblieben, so daß im Jahre 1906 noch 46—48 Pf. Stundenlohn gezahlt wurden, während in dem eine halbe Stunde entfernten Rath 55 Pf. üblich waren. Der damals geführte 10wöchige Streik hob den Lohn auf 52 Pf. Heute müßten laut Tarif 60 Pf. gezahlt werden, aber es ist beim alten geblieben; was leider dem hummlikten Organisationsleben hier am Orte zuzuschreiben ist. Der Düsseldorf Arbeiterbund, welcher schon in einem Schneckenempo arbeitet, wollte bei den Ratinger Arbeitgeber gar nicht anbeißen. Erst das Einigungsamt in Köln brachte Klarheit in die Sache und verurteilte die Unter- nehmer am 26. Juni, den zu wenig gezahlten Lohn nachzu- zahlen. Dieser Spruch ist allerdings auf dem Papier stehen geblieben, nur hatte er zur Folge, daß man vom Arbeitgeber- bund Düsseldorf die tarifbrüchigen Unternehmer etwas nach- haltiger ansah. Diese lehnten nun dem Arbeitgeberbund die Gefolgschaft ab und reichten bei ihm die Kündigung ein. Die Organisationen ergriffen nun das Mittel des Streiks, ver- suchten aber gleichzeitig, das Gewerbegericht um eine Ver- mittlung anzurufen. Die große Schmutzkonzurrenz hier hat selbst die Unternehmer persönlich aneinandergetrieben, so daß ein Zusammenführen nur durch Unparteiische möglich war. Diese Sitzung fand am 13. d. Mts. statt. Weil nun nicht alle Unternehmer erschienen waren, soll 14 Tage später nochmals eine solche stattfinden. Wir kommen noch darauf zurück. Vorläufig bleiben noch wie vor alle Unternehmer Ratingens gesperrt.

Aachen, 18. September. Der Streik der Stukkateure dauert nun schon 16 Wochen. Derselbe mußte aufgenommen werden, weil uns die Unternehmer einen ganz bedeutend verschlechterten Tarif aufzwingen wollten; u. a. sollte der alte Tariflohn um 2 Pf. gekürzt werden, die Arbeitszeit wollten die Unternehmer in besonderen Fällen einseitig bestimmen, zur Akkordarbeit sollte sich jeder verpflichten, ohne besondere Regelung, und endlich sollte für Nachputz und Garantie 20 Prozent Lohn ein- behalten werden. Der Kampf wurde uns also aufgedrungen. Die Kollegen haben denselben einmütig geführt, nicht ein einziger hat sich zum Streikbruch verleiten lassen. Die Unter- nehmer hatten diese Einigkeit der Kollegen nicht erwartet. Nur die Kleinmeister haben mit einigen Elementen während des Kampfes die nötigsten Arbeiten ausgeführt, welches dazu führte, daß der Kampf überhaupt so lange andauern konnte. Nunmehr fängt die Arbeit erstlich an zu drängen, vor allem ist es das Königliche Polizeipräsidium, wo die Arbeiten drängen. Am 14. August veranlaßte der Königliche Regierungsbaumeister eine Aussprache der beiden Parteien. Wir machten einer Ver- mittlungsvorschlag, welcher lautete: „Für Stukkateure, welche alle Arbeiten ausführen können, soll ein Stundenlohn von 60 Pf., für Pliesterer 50 Pf. bezahlt werden. Diese Löhne gelten für diejenigen, welche dieselben auf Grund der Akkordsätze ver- dienen, für diejenigen, welche den Lohn auf Grund der Akkord- sätze nicht verdienen, kann ein bis zu 5 Pf. geringerer Lohn vereinbart werden. Für die beruflichen Bauhilfsarbeiter soll der Lohn, der im Tarif für das Maurergewerbe festgelegt ist, bezahlt werden.“ Dieses lehnten die Unternehmer ab. Am 7. September fand wieder eine Verhandlung statt. Nach langer Beratung einigten sich die Parteien dahin, daß der Stundenlohn für Stukkateure auf 58 Pf., für Pliesterer auf 48 Pf. festgelegt werden soll. Selbstverständlich, wer es auf Grund der Akkord- sätze verdient; wer es, wie oben angeführt, nicht verdient, er- hält einen geringeren Lohn. Auch in anderen Punkten kamen wir den Unternehmern entgegen. Die Kommissionsmitglieder beider Parteien verpflichteten sich, dieses Resultat in ihren Ver- sammlungen zur Annahme zu empfehlen. Eine gemeinsame Versammlung der Stukkateure und Pliesterer beider Verbände nahm das Resultat nach eingehender lebhafter Debatte mit 72 gegen 21 Stimmen an. Die Unternehmer beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit dem Resultat, und die Mehrheit war unerschämte genug, auch dieses Vereinbarte abzulehnen. Dieses rigorose Verhalten der Unternehmer mußte die größte Erbitterung hervorrufen. Der Vorstand der Stukkateure sah diese Ungerechtigkeit selbst ein und verabredete nochmals eine Sitzung zwecks Verhandlung mit unserer beiderseitigen Kommission, welche am 18. September stattfand. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, ihr möglichstes getan zu haben, um ihre Versammlung zur Annahme des Resultates zu bewegen. Es sei ihnen nicht gelungen. Sie selbst erkannten unsern Vorschlag für gesund und annehmbar, leider seien sie überstimmt worden. Sie ersuchten uns, noch weitere Zugeständnisse zu machen, wenn eine Einigung erzielt werden solle. Unsere Kommission erklärte, daß die Kollegen bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen seien; durch weiteres Entgegenkommen würden gerade die besten Gehilfen am meisten geschädigt, was sie nicht verantworten könne. Die Sitzung ging resultatlos auseinander. Hier zeigte es sich so recht, daß die besseren und größeren Stückgeschäfte auf diesen Vorschlag einzugehen bereit waren, nur die Solidarität für die kleineren im Bunde hält sie zurück. Gerade die kleineren Stückmeister, welche bisher immer die Schmutzkonzurrenz trieben, sind heute die radikalsten und rücksichtslosesten Elemente, und es wurde seitens der Unternehmervertreter offen zugestanden, daß die- selben den wirklich verdienten Lohn nicht zahlen wollen. Gegen einen klaren Tarif sträuben sie sich, um so besser die Aus- beutung der Kollegen betreiben zu können. Nachdem nunmehr jede Einigung gescheitert ist, gilt es den Kampf mit äußerster Energie, Ausdauer und Disziplin durchzuführen. Jetzt gilt es, der Parole zu folgen, die wohl eine andere Taktik notwendig erscheinen läßt. Mögen unsere Kollegen alles daransetzen, nicht eher das Kampffeld zu räumen und zurückzukehren, bis der Sieg unser ist. Jetzt gilt es zu zeigen, ob wir Männer und ob wir Kämpfer sind. Einigkeit und Ausdauer kann uns nur helfen.

Bezirk Danzig.

Neustadt (Westpr.) Der Kampf in Neustadt geht un- verändert weiter. Die Unternehmer bieten alles auf, um Streik- brecher heranzuloden. Zum Teil haben sie damit auch Er- folg, denn die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig groß. So läßt sich mancher Kollege verteilen, auf die verlockenden Annoncen nach hier zu fahren. Bezeichnend ist, daß es nur sozialdemokratisch organisierte von Danzig und der nächsten Umgebung sind. Durch Erstattung des Reisegeldes gelangt es, dieselben wieder los zu werden. Alle versichern, sie wüßten von einem Streik nichts. Der Vorsitzende der sozialdemo- kratischen Maurer, Böttcher in Zoppot, behauptet sogar, der Streik in Neustadt beste nicht mehr, weil auf allen Bauten gearbeitet würde. Das kommt aber daher, weil die Firma Schulz-Zoppot und Prange-Neustadt den Lohn bewilligt haben, welcher gefordert wird. Nur auf den Bauten bei Hinz ar- beiten Streikbrecher, Elemente, die sonst nicht viel taugen; diese spielen jetzt den Ausreißer. Seit 14 Tagen mußte auch eine Kolonne sozialdemokratisch organisierte Maurer die Fassade unter Führung des sehr bekannten Meibroski. Buch Nummer 156 026. Die ganzen Bemühungen unserer Kollegen blieben erfolglos, bis es Dienstag, den 14. d. Mts., gelang, dieselben zu überzeugen, daß ihre Handlungsweise keine ehr- liche sei. Sie wollten nicht gewußt haben von einem Streik. Später erklärten sie, Grünhagen hätte ihnen gesagt: so lange ihr nicht angehalten werdet, könnt ihr arbeiten.

Was sagt Grünhagen hierzu? Wie kommt es überhaupt, daß nur sozialdemokratisch organisierte Maurer nach Neustadt kommen? u. u. w. g.

Zoppot. Der am 1. April d. J. abgelaufene Tarif ist durch gemeinsame Verhandlungen mit den Unternehmern bis zum 1. April 1911 verlängert worden. Durch die schlechte Bau- konjunktur und Interesslosigkeit eines großen Teiles der Kol- legen konnten die Unternehmer es durchsetzen, den Lohn um 3—5 Pf. pro Stunde zu kürzen. Durch Eingreifen des christlichen Verbandes ist es möglich gewesen, die Verschlechterungen abzuwehren. Der Lohn ist für Maurer 50 Pf., für Zimmerer 51 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 35—38 Pf., bis 1. April 1910 festgelegt, von da ab bis 1. April 1911 tritt für jeden Beruf 1 Pf. Zuschlag pro Stunde ein. Wenn seitens der sozialdemokra- tischen Leitung nichts unternommen wurde, die Verschlechterun- gen abzuwehren, so hat man damit den Beweis erbracht, daß es diesen Menschen nicht ernst ist um die wirtschaftliche Besser- stellung der Arbeiterklasse. Wenn jetzt, wo der Lohn für die Arbeiterklasse sichergestellt ist, seitens der sozialdemokratischen Führer den Arbeitern vorgelesen wird, es hätte mehr erreicht werden können, dann ist dies eine Verhöhnung der Massen, auf die kein denkender Arbeiter hereinfällt. Die Parole für alle christ- lichen Arbeiter muß nun heißen, heraus aus dem roten Verband und hinein in die christlichen Gewerkschaften.

Bezirk Paderborn.

Brilon. Die Lohnbewegung der Maurer ist beendet. Nach dreimaliger Verhandlung mit den Arbeitgebern ist am 30. August 1909 ein Vertrag abgeschlossen worden, dahingehend, daß der Stundenlohn am 1. Januar 1910 von 40 auf 42 Pf. steigt. Desgleichen wurden die üblichen Zuschläge tariflich geregelt. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1912. An den Kollegen von Brilon und Umgegend liegt es nunmehr, dafür zu sorgen, daß der Nutzen des Vertrages allen Kollegen zugute kommt.

Deshalb muß die Agitation jetzt tatkräftig einsetzen, denn nur der Eintreten des Zentralverbandes christlicher Bauhan- er und Bauhilfsarbeiter Deutschlands ist dieser Erfolg zugun- stänlich. Darum legt alle Menschenfurcht ab und kämpft gemein- sam für die Rechte des Arbeiterstandes, denn vereint bildet sie eine Macht.

Hörter. Zur Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sei folgendes mitgeteilt: Dieimal fanden Ver- handlungen statt. In der letzten einigten wir uns mit den Ar- beitegebern auf der Grundlage, daß am 1. September 1909 der Lohn um 2 Pfennig pro Stunde, also von 38 auf 40 Pfennig, steigen sollte, desgleichen die Löhne der Bauhilfsarbeiter um 2 Pfennig. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden fest- gesetzt, mit der Maßgabe seitens der Arbeitgeber, daß die Ge- nehmigung des Verbandes dem Bunde überwiegen würde. Bis heute ist aber eine Antwort vom Braunschweigischen Landes- verbande der Arbeitgeber nicht eingegangen. Aus diesem Grunde muß tüchtig agitiert werden, um den Zinsdifferenzismus zu beseitigen, damit weitere Schritte unternommen werden können.

Bretel (Kreis Hörter). Der Streik der Maurer und Zim- merer ist vorläufig vertagt. Es war dieses notwendig, weil eine ganze Anzahl Streikbrecher in der letzten Woche sich ein- gefunden hatte. Eine Versammlung der Maurer und Zim- merer faßte am 13. September obigen Beschluß. Wir kommen später ausführlich darauf zurück.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach- organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Ungetreuer Handkassierer. Der ehemalige Handkassierer Gerhard Keller in Aachen hatte 13,55 M. Verbandsgeld veruntreut; er wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Stukkateure.

Gesentragen. Am Sonntag, den 12. September, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Kollege Beck sprach über das Thema: „Die verabschiedete Finanzreform als Agitations- mittel der „freien“ Gewerkschaften gegen die christlichen Gewerkschaften“. Einleitend wies Redner darauf hin, daß wir als christliche Gewerkschaften überhaupt nicht in Verbindung zu bringen seien mit der Finanzreform. Die Finanzreform sei eine politische Frage, weil aber Politik nichts mit unserem Ge- werkschaftsprinzip zu tun habe, sei es eine frivole Agitations- methode der „freien“ Gewerkschaften, gegen die christlichen Ge- werkschaften und ihre Führer in so unverschämter Weise, wie es in der letzten Zeit vorgekommen, anzukämpfen. Wer glaubt heute noch den Neutralitätshelden der „freien“ Gewerkschaften, die augenblicklich wieder so offen die sozialdemokratische Kampfes- weise ihr eigen nennen und mehr denn je Hand in Hand den heuchlerischen Volksvertretern der Sozialdemokratie liebevolle Dienste erweisen. Redner kennzeichnete den engen Zusammen- schluß der „freien“ Gewerkschaften mit der politischen Sozial- demokratie und zeigt an Beispielen, daß es Unim sei, sich „freie“ Gewerkschaften zu nennen; man möge dieses Wort freieren und an seine Stelle sozialdemokratisch setzen. Aus- führlich verbreitete sich Redner über das Programm der Sozial- demokratie, seine Unhaltbarkeit und seine Schädigung der Ar- beiter selbst. An der Hand von Beispielen aus sozialdemokra- tischen Blättern wurde dieses nachgewiesen. Redner verlas das Sündenregister dieser „Volksvertreter“, die man eher als Volkszerreuter bezeichnen könne. Angeführt sei nur die Ver- leumdung der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung, der Er- höhung der Champagner-, der Börsen-, der Wertpapier- und der Verzinzwachsteuer. Das ist die Tätigkeit der „Genossen“ für die Arbeiter. Redner bespricht alsdann die Heuchelei und Verlogenheit der „freien“ Gewerkschaftspressen. Doch wir wissen ja, wer dieselben herausgibt, wer sie redigiert. Sie müssen so schreiben, wenn sie die Parteifarbe nicht fühlen wollen. Wer sich nicht fügt, der fliegt. Ausführlich besprach der Referent die Stellungnahme der Arbeiterabgeordneten in der Finanz- reform; er kam zu dem Schluß, wir können gegen die Ab- stimmung nichts haben. Gegen wir Bedenken dagegen, so geht wir in die Partei, der wir angehören, um dort unsere Auffassung durchzusetzen. Die Diskussion war eine lebhafte und sprachte sich alle Kollegen im Sinne des Referenten aus; sie kannten alle aus der Praxis ihres gewerkschaftlichen Lebens die schwebende Vertretung der Arbeiterinteressen durch die „Genossen“. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden 4 Kollegen neu aufgenommen, so daß wir jetzt mit den „freien“ Stukkateuren hier gleichziehen, ja, in ganz kurzer Zeit dieselben überholt haben werden.

Maurer.

Bretel (Kreis Hörter). Unsere Zahlstelle wurde am 6. No- vember 1904 vom Kollegen Weisenagen gegründet. Es traten auch sofort ca. 20 Mitglieder bei, so daß wir am Schluß des Jahres 1904 mit den frisch aufgenommenen und zugerechneten Mit- gliedern die Zahl von 89 zu verzeichnen hatten. Im Winter 1905 wurde gut agitiert, besonders waren es die Kollegen Franz Stebber, Eduard Tönige und Friedrich Suthoff, die es fertig brachten, den indifferenteren Kollegen Klarzumachen, wie not- wendig es sei, daß jeder christlich denkende Kollege sich dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsar- beiter Deutschlands anschließen müsse. Im Frühjahr 1905 wurde uns vom Zentralvorstande die Genehmigung zur ersten Forderung erteilt. Die Forderung war 35 Pfennig Stunden- lohn. Die Unternehmer gaben uns keine Antwort zurück, und so kam es zu einem 31wöchigen Kampfe. Es wurde aber nicht erreicht, weil eine Anzahl Streikbrecher aus den umliegenden Ortsgaaten uns den Erfolg bereiteten. Hatte der Kampf Opfer und Geld gekostet, so hatte er auch seine moralische Wir- kung hinterlassen, denn es wurde vor dem Streik hier ein Tages- lohn von 2,70 bis 3 M. bezahlt und nach demselben 3 M. bis 3,30 M. Trotzdem sind uns viele Mitglieder durch den unglück- lichen Kampf verloren gegangen. Einige Kollegen, die die Aussperrung im Industriegebiete mitgemacht hatten, nahmen die Fahne wieder frisch in die Hand, damit die Zahlstelle nicht ver- loren gehe. Die Zahl der Mitglieder wurde im vorigen Winter wieder auf 48 gebracht und so wurde der Beschluß gefaßt, dieses Jahr wieder die Forderung von 35 Pfennigen einzureichen. Nach 15wöchigem Kampfe mußten wir denselben wiederum auf- geben, da wir wiederum Streikbrecher vor auswärts bekamen, darunter Joseph Göde, Erkel und Karl Schrid von Brakel. Kollegen von Brakel und Umgegend. Aus diesem kurzen Be- richt könnt ihr ersehen, wie sehr es notwendig ist, daß wir uns alle dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bau- hilfsarbeiter anschließen, um in Zukunft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Der Lohn in hiesiger Gegend von 3,30 M. bei 11stündiger Arbeitszeit ist ein entsetzliches zu niedrig, um damit eine Familie richtig ernähren zu können. In allen Orten im Umkreis werden bereits höhere Löhne ge- zahlt. Die Arbeitgeber sind alle dem Arbeitgeberverband für das Herzogtum Braunschweig angeschlossen. Darum möchte ich die Brakeler Kollegen und auch die von den Ortsgaaten bitten, im kommenden Winter fleißig zu agitieren, damit auch der letzte Kollege von Brakel und Umgegend für die christliche Ge- werkschaft gewonnen wird.

Serne (Westf.). Am Sonntag, den 5. September, hielt die Zahlstelle christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter für

Herne und Umgebung eine öffentliche Versammlung ab, um Stellung zu nehmen gegen den Terrorismusfall am hiesigen Postneubau, den wir ja schon des Näheren in Nr. 37 der „Baugewerkschaft“ erörtert haben. Kollege Böckling eröffnete um 4 1/2 Uhr die Versammlung mit der Tagesordnung: „Der Terrorismusfall am hiesigen Postneubau“ und „Freie Diskussion hierüber“. Kollege Meise, als Referent, schloß den Vortrag augenscheinlich. Man hat unseren Kollegen aus der Arbeit herausgedrängt, ihn brotlos gemacht. Obwohl freie Diskussion gewährt wurde, hatte keiner der anwesenden „Genossen“ den Mut, das Wort zu ergreifen. Die Kollegen Zentral- und Hausbesuch leuchteten in längeren Ausführungen den „Idealen“ Geist der „Freiheitskämpfer“ und wiesen darauf hin, daß dieser Terrorismusfall die Frucht der Erziehungs- und Bildungsarbeit des sozialdemokratischen Maurerverbandes sei, der ja hier in Herne deshalb besonders zum Ausdruck kommt, da an seiner Spitze ein gewisser Herr Wendler steht, dessen „Anstand“ und „Bildung“ wir schon öfter wahrzunehmen Gelegenheit hatten. Nun meldete sich doch ein „Genosse“ zum Wort; er konnte nicht anders als ebenfalls den Terrorismusfall beurteilen, andererseits aber versuchte er es, die Person des Herrn Wendler in Schutz zu nehmen. Kollege Häuschen führte das auf seinen wahren Wert zurück und gab folgende Resolution bekannt, die einstimmig Annahme fand:

„Die am 5. September 1909 in Herne tagende öffentliche Versammlung der Bauhandwerker, welche von ca. 250 Mann besucht ist, nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem rigorosen Vorgehen der sozialdemokratisch organisierten Maurer am hiesigen Postneubau, indem man dort christlich organisierte Maurer aus der Arbeit gedrängt hat und brotlos zu machen versucht. Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen eine derartige niedere Handlungsweise und erwartet, daß die Leitung der sozialdemokratischen Organisationen alles daran setzt, daß in Zukunft derartige, von niedriger Bestimmung zeugende Terrorismusfälle unterbleiben. Weiter erklären sich die Anwesenden bereit mitzuwirken, daß die Reihen der christlichen Gewerkschaften immer mehr gestärkt werden, weil dieses das beste Mittel zur Verhinderung solcher Brotlosmachungen ist und dadurch auch den Arbeitern Gelegenheit zur Arbeit gegeben wird, welche infolge ihrer politischen und religiösen Anschauungen nicht zur Sozialdemokratie gehören können.“

Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen. Kollegen, dieses sei ein Ansporn für die Zukunft. Sorgen wir nicht allein dafür, daß wir jeden Indifferenten für unsere Sache gewinnen, sondern treten wir auch dafür ein, daß jeder christlich gesinnte Kollege, der noch in den Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaften steht, uns zugeführt wird.

Grafenwöhr. Am 15. September fand hier selbst eine öffentliche christliche Bauarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Referat des Gewerkschaftssekretärs Koll. Sommer aus Nürnberg: „Wie können wir unsere Lage verbessern, und was ist dazu notwendig?“, 2. freie Diskussion. Der Referent bewies uns in einem einstudierten Referat, daß es nur der Organisation möglich sei, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Er wies auf die Geschäftsleute, Landwirte, Fabrikanten und Großindustriellen hin, die sich organisiert haben, um Einfluß auf den Verkauf ihrer Produkte zu gewinnen. Nur die arbeitenden Klassen sind noch weit zurück. Darum muß auch unter den hiesigen Arbeitern der Organisationsgedanke Platz greifen; auch wir müssen Einfluß auf den Verkauf unserer Arbeitskraft zu gewinnen suchen. Redner erläuterte dann ausführlich, wie die Arbeitsverhältnisse am Orte liegen, und was wir tun müssen, um diese zu verbessern. In der Diskussion wollten einige Genossen den Christlichen etwas am Ruge fliden, was ihnen aber nicht gelang. Kollege Sommer wies auf die Handlungsweise der roten Zimmerleute in Weiden im Jahre 1908 hin, auch führte er Amberg an. Ein anderer Genosse wollte uns als Streikbrecher in Nürnberg im Jahre 1906 hinfellen, auch hätten wir dort die Genossen hintergangen. Als Kollege Sommer aber den abgeschlossenen Vertrag schwarz auf weiß vorlegte, waren die „Genossen“ stumm. Am Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Anwesenden zu gemeinschaftlicher Arbeit. Wenn sie haben wollten, daß für die Arbeiterschaft etwas erreicht werden soll, so muß unbedingt der Wille zu gemeinsamem Arbeiten vorhanden sein. Damit erklärten sich auch die „Genossen“ einverstanden. Die Versammlung, die gut besucht war, nahm einen guten Verlauf.

Mülheim (Ruhr). (Zukunftstaatliche Duldsamkeitsprobe.) Eine hübsche Illustration zu den Aussichten im Zukunftstaat lieferten in Mülheim (Ruhr) einige „Genossen“, Mitglieder des sozialdemokratischen Maurerverbandes. Ein alter Kollege von uns, Wilhelm Schmidt, Mitkämpfer des Krieges 1870/71, fing am Freitag, den 10. d. Mts., an einem Neubau der Firma Rudolff am Kahlenberg an zu arbeiten, an dem schon mehrere „Genossen“, darunter der frühere langjährige Vorsitzende B. L., und ein ganz besonders ausgezeichnete beschäftigt waren. Zuerst wurde der Kollege um sein Organisationsverhältnis befragt und als er sich als christlich organisiert bekannte, nahm die Beschäftigung kein Ende; besonders taten sich zwei jüngere „Genossen“ dabei hervor. Da der Kollege sein Mitgliedsbuch nicht zur Hand hatte, verlangte man dieses mittags zur Stelle. Auf die Antwort, ich bekomme mein Eßgen zur Hand, wurde ihm erklärt, selbst wenn das Buch zu Hause wäre, müßte es herbeigeschafft werden. „Gut genossenhaft.“ Doch es sollte noch besser kommen für den Kollegen Sch.; man ließ ihm ein derartiges Schild Arbeit liegen, daß seiner ganzen Kraft die Bewältigung fast unmöglich war. Auf Kosten des alten Mannes faulente man, um ihn müde zu machen. Dabei wurde immer kräftig über die Christlichen hergezogen, geschimpft und gelogen, daß der alte Kollege später erklärte, er habe des Nachts nicht schlafen können vor all den Bosheiten. Als am Samstag, den 11. d. Mts., das Buch vorgezeigt und in Ordnung befunden wurde, erklärte man dies noch nicht für genug, es müsse geritten werden, und er müsse sich umschreiben lassen; er verdiente ja noch Geld und konnte noch ganz gut 5 Jahre Beiträge im Sozialverband zahlen. Dabei wird der Kollege nächstens 60 Jahre alt. Das Beschimpfen nahm selbsterledigen seinen Fortgang; Kollege Sch. zog es als alter Mann vor, nach seinem in der Aufregung gebrauchten Ausdruck (mit diesen Lausbuben nicht länger zu arbeiten) zu gehen. Zwar hatte er auf einer anderen Stelle sofort wieder Arbeit bekommen, aber damit hatte er den Kollegen widerstandslos das Feld geräumt, besser wäre es gewesen, sofort die Angelegenheit beim Vorstande und der Lokalverwaltung zu melden, damit man den Genossen an Ort und Stelle ihr fleißiges Benehmen hätte zu Gemüte führen können. Auch hätte man von den älteren „Genossen“ erwarten dürfen, daß sie ihre jüngeren Jünger in ihre Schranken gewiesen hätten; aber weit gefehlt, sie schienen erst recht Freude an der Schikanie des alten Mannes zu finden. Für letztere wäre es besser, über ihre eigene Vergangenheit nachzudenken, es wird sich dann erweisen lassen, daß es besser ist, wenn man sich hübsch ruhig verhält, als die Nase zu weit in die Öffentlichkeit zu stecken. Unsere übrigen Kollegen in Mülheim sowie Umgebung mögen sich das fleißige Benehmen der Genossen bei der Firma Rudolff merken und die nötigen Lehren daraus ziehen. Hier kann nur eins helfen und zwar entschließenes, tätiges Auf- und Gegenüberreten auf den Arbeitsstellen, nur so wird es möglich sein, den Genossen etwas Anständigkeit und Ehrlichkeit beizubringen, wie auch andererseits die Ausbeutung unserer Organisation nach Kräften gefördert werden kann. Die Rauf- und Mitläufer der Genossen oder mögen sich merken, in welcher Gesellschaft sie sich befinden, wenn sie bei Kahlen usw.

für diese Gelben Partei ergreifen; mit der Selbstgeschlittenen Rute werden sie gezüchtigt, genau dieselbe Behandlung werden sie erfahren, wenn sie diesen Zukunftsstaatler zur Macht verholfen haben.

Schönlake. (Ein Fischzug im trüben.) Am Sonntag, den 12. d. Mts., fand in Schönlake bei Herrn Semrau eine vom sozialdemokratischen Maurerverband einberufene Versammlung statt, zu welcher unsere Kollegen durch ein Flugblatt eingeladen waren. Referent war Gauketer Schulz-Pofen. Wie wenig Zugkraft der sozialdemokratische Maurerverband in Schönlake besitzt, beweist die Tatsache, daß nur 6 „rot“ organisierte Mitglieder erschienen waren. Um das trübe Bild etwas zu verschönern, mußten etwa 40 Weiblein und Männlein anderer Berufe die „Maurerverammlung“ füllen. Ein Tabakarbeiter eröffnete die Maurerversammlung. Genosse Schulz wollte den Wert der gewerkschaftlichen Organisation schildern, kam aber bald auf die Finanzreform und auf das Verhalten unseres Zentralvorstehenden Kollegen Wiebeberg zu sprechen. In Schulz' Augen ist Wiebeberg ein „Wachlappen“. Alle christlich organisierten Bauhandwerker sollen nun aus dem christlichen in den sozialdemokratischen Verband übertreten. Kollege Müller aus Dantz trat in längeren Ausführungen dem Genossen Schulz gegenüber und verurteilte scharf die persönliche Beleidigung unseres Zentralvorstehenden durch Schulz. In seinen weiteren Ausführungen kennzeichnete er die Unfruchtbarkeit der Sozialdemokratie, welche selbst durch viele Urteile von Volkmann, Weibel, Bernstein usw. bewiesen wird. Die christlichen Bauhandwerker werden trotz der riben Bekämpfung trenn zusammenhalten; die Erfolge der 10jährigen Tätigkeit zeigen den Bauarbeitern am besten, in welcher Organisation ihre Interessen vertreten werden. Ein Jude, welcher die Versammlung auch durch seinen Besuch besuchte, trat Kollegen Müller gegenüber, schimpfte aufs Zentrum und lobte den sozialdemokratischen Verband. In seiner „Peinart“, wo es bloß alles sozialdemokratische Gewerkschaften gibt, hätten die christlichen Gewerkschaften noch nichts getan. — Kollege Bombrowski führte als zweiter Redner aus, in Schönlake bestände der sozialdemokratische Verband 9 Jahre; für die Verbesserung der Arbeiter ist aber noch nichts getan worden. Was erreicht worden ist, ist durch die praktische Tätigkeit der christlichen Bauhandwerker geschehen. In seinem Schlußwort wollte der Genosse Schulz nicht auf alle Einwände des Kollegen Müller eingehen, versuchte die persönliche Beleidigung des Kollegen Wiebeberg zu beschönigen, indem er für dessen Verhalten bei der Abstimmung über die Finanzreform keinen anderen Ausdruck fände. Da bei Benennung der „freien“ Gewerkschaften Kollege Müller das Wort „sozialdemokratisch“ gebraucht hatte, wo immer eine große Unruhe entstand, weil die Teilnehmer keine Sozialdemokraten sein wollten, behauptete Schulz, der „freie“ Maurerverband sei nicht sozialdemokratisch. Auch seinen Mitgliedern sei das Kirchengehen gestattet, aber in demselben Atemzuge bezeichnete er die Pfaffen als „fette Faulenzer“. Möge die Versammlung für die christliche Arbeiterschaft von Schönlake einen Ansporn bilden, unsere Reihen zu stärken, um damit der freien Beleidigung, welche roter Fanatismus unserem Zentralvorstehenden zufügte, die richtige Antwort zu geben.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Aachen. Die am 25., 26. und 27. August im Lohngebiet Aachen vorgenommenen Bauten- und Lohnstatistik ergab folgendes Bild: 38 Neubauten, 11 Umbauten, 13 Reparaturen. Es waren dort beschäftigt: 32 Poliere, 276 Maurer und 292 Bauhilfsarbeiter. Organisiert waren von den Maurern 169 christlich, 27 sozialdemokratisch und 1 Hirsch-Duncker; von den Bauhilfsarbeitern 79 christlich und 29 sozialdemokratisch; unorganisiert wurden 79 Maurer und 166 Bauhilfsarbeiter festgestellt. An Lohn erhielten Maurer: 1 56, 5 52, 22 51, 48 50, 43 49, 39 48, 40 47, 8 46, 4 45, 3 44, 3 42, 4 40 Pf., Bauhilfsarbeiter: 1 46, 1 44, 3 42, 5 41, 25 40, 29 39, 45 38, 65 37, 15 35, 2 34, 3 33, 3 30, 2 27, 2 25 Pf. Zu den letzten Kategorien gehören allerdings viele, welche als nicht normal leistungsfähig bezeichnet werden müssen. Trotzdem muß festgestellt werden, daß viele unter Tarif arbeiten; zum Teil sind es solche, welche als sogenannte Anspanner gelten und nicht als vollwertige Gesellen angesehen und entlohnt werden können. Zum andern Teil arbeiten viele unter Tarif, weil sie zu bange sind, ihr Recht zu verlangen. Ist doch die dumme Angst so groß, daß manche Kollegen den Statistik aufnehmenden Kollegen nicht einmal ihren Lohn angeben wollten. Das muß jetzt anders werden und werden wir alles aufbieten, um hier eine Aenderung herbeizuführen. Wir müssen jetzt mit anderen Karten spielen! Mögen die, die es angeht, auf dem Posten sein. Wir müssen einen ernsthaften Kampf aufnehmen, es steht hier mehr auf dem Spiel, als mancher ahnt.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Eine Tuberkulosenanstalt in Charlottenburg. Vom Magistrat in Charlottenburg ist auf einem großen Waldgelände die Errichtung einer Tuberkulosenanstalt geplant, die für sämtliche Anstalten Vorbildlich werden kann. In diese Anstalt sollen Tuberkulose beiderlei Geschlechts, in jeder Altersstufe und in jedem Stadium der Krankheit aufgenommen werden. Eine Abteilung soll ausschließlich für Personen eingerichtet werden, die unheilbar an Tuberkulose erkrankt sind. Die Aufnahme solcher unheilbar Kranken liegt zunächst im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege, denn diese bedauerenswerten Leute sind für ihre Umgebung eine große Gefahr, diese Personen können aber auch oft genug nur sehr schwer Wohnung finden und es fehlt ihnen auch an einer ausreichenden Pflege. In einer anderen Abteilung sollen Erkrankte aufgenommen werden, bei denen noch eine Besserung zu erzielen ist, die aber jetzt die allgemeinen Krankenhäuser überlassen. In einer dritten Abteilung sollen leichter Erkrankte untergebracht werden, die eine Lungenheilstätte aufsuchen wollen, für die aber darin noch kein Platz frei ist und in einer vierten Abteilung werden Rekonvaleszenten aufgenommen, Personen, die aus dem Krankenhaus oder aus der Heilstätte entlassen worden sind, die aber noch längere Zeit der Schonung und der Pflege bedürfen. Die Baukosten werden weit über zwei Millionen Mark kosten. Später soll die Anstalt jedoch noch weiter ausgebaut werden.

Die preussischen Sparcassen im Jahre 1907. Das königlich preussische Statistische Landesamt veröffentlicht eine eingehende Untersuchung über den Geschäftsbetrieb und die Ergebnisse der preussischen Sparcassen im Rechnungsjahr 1907. Danach stieg die Anzahl der Sparcassen während des Rechnungsjahres 1907 von 1606 auf 1639. Von diesen 1639 Sparcassen waren 749 städtische (gegen 732 im Vorjahr), 251 Landgemeindef-, Kassen (246), 453 Kreis- und Amtsparcassen (441), 6 Provinzial- und städtische (wie im Vorjahr) und 180 Vereins- und Privatparcassen (181). Zu den 1639 Sparcassen gehörten 736 Filial- oder Nebencassen und 3075 Sammel- oder Annahmestellen; bei einem Zugang von 43 bzw. 261 Sparstellen überhaupt waren also 5450 gegen 5113 im Jahre 1906, und zwar in 421 Orten (gegen 4150 Orten im Vorjahr) vorhanden. Es kam somit eine Sparstelle auf 7075 Einwohner, gegen 7421 im Jahre 1906. Die meisten Sparcassen hat die Rheinprovinz (252); es folgen Westfalen (205), Schleswig-Holstein (201), Schlesien (188), Hannover (176), Sachsen (142), Brandenburg (114), Posen

(88), Pommern (84), Hessen-Nassau (82), Ostpreußen (68), Westpreußen (46), Berlin (2) und Hohenzollern (1). Sparcassenbücher waren 11 484 139 im Umlauf; gesperrt waren 194 423 Bücher. Die Einlagen betragen am Schluß des Berichtsjahres 9121 Millionen M., gegenüber dem Jahre 1906 nahmen sie um 332 Millionen zu. Von diesen Einlagen sind bei den städtischen Sparcassen 51 v. H., bei den Kreisparcassen 33 v. H. und bei den übrigen Sparcassen zusammen 16 v. H. eingezahlt. Auf den Kopf der Bevölkerung Preußens kamen an Spareinlagen 237 M gegen 232 M im Jahre 1906, und auf jedes Sparcassenbuch im Durchschnitt 794 M gegen 792 M im Vorjahr. Als Reservefonds waren vorhanden 506 Millionen M., gegen 1906 trat eine Verringerung um 32 Millionen M. ein. Für öffentliche Zwecke sind seit dem Bestehen der Kassen 372 Millionen M. aufgewendet worden, davon 19 Millionen im Jahre 1907. Nach Art der Anlage kamen von den zinsbar angelegten Kapitalien auf Hypotheken 60 v. H., auf Inhaberpapiere 24 v. H., auf Anlagen bei öffentlichen Instituten 11 v. H. und auf Anlagen in Schuldscheinen, Wechseln usw. 5 v. H. Der der Berechnung zugrunde liegende Bilanzwert der Inhaberpapiere stellte sich im Durchschnitt im Jahre 1907 auf 92 v. H. ihres Nennwerts, gegen 1906 fiel dieser Bilanzwert um 4 v. H. In Schuldverreibungen des Reichs waren 222 Millionen und Preußens 734 Millionen M. angelegt.

Unterstützung an mittellose Wanderer in Bayern. Nach einer Zusammenstellung, die im bayerischen Ministerium des Innern vorgenommen worden ist, bestanden Ende vergangenen Jahres in Bayern insgesamt 295 öffentliche Wandererunterstützungsanstalten. Diese Anstalten werden unterhalten in 113 Fällen von Bezirken, in 110 Fällen von Gemeinden und in 72 Fällen von Vereinen. In 83 Anstalten war der Arbeitszwang eingeführt, das heißt, die Wanderer mußten eine bestimmte Zeit arbeiten, ein Arbeitsnachweis war mit 71 Unterstützungsanstalten verbunden. Mit Geld wurden die Wanderer in 116 Anstalten unterstützt, Naturalverpflegung wurde in 161 Anstalten gewährt, in den übrigen 18 Anstalten war die Unterstützung verschiedenartig geregelt. Insgesamt sprachen während des vergangenen Jahres in den bayerischen Unterstützungsanstalten 605 390 mittellose Wanderer vor, auf einen Tag kamen im Durchschnitt 1659 Wanderer, im Sommer wurde dieser Durchschnitt nicht erreicht, im Winter bedeutend überschritten. Von den Wanderern erhielten 576 637 die festgesetzte Unterstützung, wogegen 28 753 oder 4,7 Prozent abgewiesen worden sind. Von den unterstützten Wanderern waren 316 367, oder 52,3 Prozent Handwerker, ferner 67 339 Bau- und Erdarbeiter, 56 772 Fabrikarbeiter, 39 328 landwirtschaftliche Arbeiter, 16 862 Handlungsgehilfen und 79 009 Wanderer gehörten anderen Berufen an.

Von den Arbeitsstellen.

Duisburg. (Unfälle.) Am 7. d. Mts. stürzte der Bauhilfsarbeiter Anton Scherhoff am Neubau der katholischen Kirche in Buchholz, welche der Unternehmer Lenzen aus Essen ausführt, infolge eines Fehlschliffs etwa 7 Meter in die Tiefe und zog sich schwere Verletzungen zu. Eine sofortige Unterbringung ins Krankenhaus war erforderlich. Auf wen die Schuld zurückzuführen ist, konnte nicht sicher festgestellt werden.

Am Neubau der Unternehmer Hüting & Berger (Zinnenbahn) schlug beim Abkippen eines Steinbrettes, infolge Festens eines Schuttbrettes, einem die Leiter heraufkommenden Hilfsarbeiter ein Ziegelstein auf den Kopf, wodurch er sich eine Verletzung zuzog. Erst nachdem der Unfall passiert war, konnte vollständig abgedeckt, sowie Schuttbretter angebracht werden.

Am Neubau des Unternehmers Fuchs in der Rheintorstraße stürzte infolge ungenügender Abdeckung und durch einen Fehltritt der Bauhilfsarbeiter Joh. Franken in die Tiefe. Die Unfälle in Duisburg sind meistens auf die mangelhafte Kontrolle zurückzuführen. Schreiber dieser Zeilen hat seit 2-3 Jahren noch nie eine Kontrolle wahrnehmen können von Seiten der Behörde.

Briefkasten.

Nach Berlin. Von der Mitteilung können wir keinen Gebrauch mehr machen, da sie zu spät eingeschickt wurde. Gruß

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Da die Statuten in der Zentrale vergriffen sind, eine Neuauflage wegen der bevorstehenden Änderungen auf der im Oktober stattfindenden Generalversammlung aber nicht angängig ist, werden die Zahl- und Verwaltungsstellen ersucht, etwaige Bestände nach hier zurückzusenden.

Im 53. Wahlbezirk ist der Kollege Bernh. Kirchner, Oberhausen, gewählt.

Im 42. Wahlbezirk tritt anstelle des gewählten Delegierten der Ersatzmann Peter Krämer, Remscheid.

Der Vorstandsvorsitz

J. A.: Jos. Wiebeberg.

Achtung! Würzburg.

Alle Briefe und Geldsendungen sind vom 1. Oktober ab nach meiner neuen Wohnung zu senden. Adresse: Georg Beyerling, Verlängerte Puttenstraße 45, Gartenhaus.

Achtung! Bahnhalle Hertin.

Die Kollegen von Disteln, Scherlebed und Langew Bochum haben sich in der Bahnhalle Hertin angemeldet. Jeden Sonntag von 11-12 Uhr ist ein Kollege bei Wirt Bolmer, Kaiserstraße, zugegen, der die Anmeldungen entgegennimmt.

Franz Degenhardt, I. Vorsitzender.

Sterbetafel.

Nach kurzem Krankenlager starb an einem Magenleiden unser Mitglied, der Kollege Josef Orhske aus Egerwonal bei Posen im Alter von 27 Jahren.

Verwaltungsstelle Posen.

Am 8. September starb unser treues Mitglied, der Maurer Markus Hinterberger.

Zahlstelle Burghausen.

Ehre ihrem Andenken!